

Nebend. gewesen. Wir sind frei von Schuld an diesem Kriege. Aber jetzt gilt es, unseren Feinden die wahnwitzige Hoffnung auszutreiben, uns vernichten zu können. Dazu dient auch dieses Gesetz.

Abg. Ledebour (Soz. A. G.) beantragte um 7½ Uhr Berathung.

Der Antrag wird gegen die beiden sozialdemokratischen Gruppen abgelehnt.

## General v. Groener über den Hilfsdienst.

Als Leiter des Kriegsammtes habe ich die Pflicht, Ihnen meine Auffassung über dieses Gesetz darzulegen. Ueber seine Notwendigkeit brauche ich nichts zu sagen. Wer lesen und sehen kann, der sieht und liest das jeden Tag. Daß unsere Industrie sich in geradezu zu glänzender Weise auf die Bedürfnisse des Krieges eingestellt hat, gibt uns die Zuversicht, daß wir die Zwecke, die wir mit dem Gesetz verfolgen, unter allen Umständen erreichen können. Unsere Industrie steht im Konkurrenzkampf mit der Industrie der ganzen Welt. Was das heißen will, das weiß jeder. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber unsere Feinde ruhen nicht nur die neutralen Waffen- und Munitionsherstellung in einer ungeahnten Weise aus, sondern sie hegen außerdem noch die neutralen Völker in den Krieg. Wir haben vor kurzem erlebt, wie sie durch das Eintreten Rumäniens in den Krieg den Sieg zu erringen hofften. Was haben sie erreicht? Das Gegenteil dank der glänzenden Leistungen unserer und der verbündeten Truppen. (Mit erhobener Stimme.) Und so, meine Herren, soll es den Engländern und der ganzen Gesellschaft gehen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Aber wenn man ein großes Ziel erreichen will, so muß man vorausschauen und muß vorausschauend arbeiten. Das soll mit diesem Gesetz geschehen. Ueber die Ziele des Gesetzes brauche ich mich nicht weiter auszulassen. Es ist nicht möglich, nun ganz plötzlich mittels dieses Gesetzes alle möglichen wunderbaren Maßnahmen in die Welt zu setzen. Das bedarf einer organischen Entwicklung der ganzen Sache. So liegt nicht in dem Gesetz die Hauptbedeutung, sondern der Schwerpunkt liegt in seiner Ausführung. Sie mögen den Mantel — es ist ja ein Mantelgesetz — mit allen möglichen Piken und Treffen verbrämen, es nützt Ihnen nichts, wenn wir es nicht vernünftig ausführen. Denken Sie daran doch bei der ganzen Verhandlung. Wenn Sie mit der größten Ueberlegung und der größten Umsicht versuchen, alles zu finden, was die nötige Sicherheit für die Arbeiter, für die Angestellten, für das Rechtsverfahren schafft: die Materie ist so außerordentlich schwierig und vielseitig und so außerordentlich gefährlich (sehr richtig! b. d. Soz.), daß wir nichts erreichen, wenn nicht das Kriegsamt und alle vermittelnden Organe vernünftig sind, vernünftig arbeiten. (Sehr richtig.) Wir denken an keine unvernünftige Ausführung, auch nicht an derbes gewaltsames Zugreifen. Wir brauchen Menschen, die sich in den Dienst der Sache stellen. Wenn wir die Leute am Kanthaken haben, ist nichts zu wollen. Die Leute müssen uns alle, vom ersten bis zum letzten, freiwillig kommen. Wenn man die Produktion steigern will, so gehört dazu selbstverständlich in allererster Linie die freiwillige Mitarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Unternehmungsgeist der Arbeitgeber und die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter. (Beifall.)

### Der Zwang steht dahinter nur als ultima ratio.

Für die Ausführung des Gesetzes durch das Kriegsamt muß noch die Organisation geschaffen werden. Das Amt hat nicht für den Heeresersatz zu sorgen, sondern für die innige Verbindung und das Zusammenarbeiten mit der Industrie, um eine Organisation zu schaffen, die alle unsere Industriegebiete im ganzen deutschen Reich mit einem weiten Netz umspannt.

Von der Stilllegung von Betrieben ist so viel geschrieben worden. Die Leute fürchten, es würde etwa am 1. Dezember befohlen: „Du machst Deine Bude zu, und Du machst Deine Bude zu.“ Das sind alles Phantastereien. Das ist unmöglich. Das Herausziehen der Arbeitskräfte aus dem Betrieb denke ich mir so, daß die Betriebe uns selbst kommen, sich uns anbieten, uns nach Verständigung über den Zweck Vorschläge machen und mit diesen Vorschlägen an das Kriegsamt zu freiwilliger Vereinbarung herantreten. Diese Vorschläge wollen wir gemeinsam prüfen, und auf Grund der gemeinsamen Prüfung wird die Entscheidung getroffen. Auf Grund der Entscheidung gehen die Richtlinien und Anhaltspunkte an unsere Organisationen draußen im Land hinaus, und damit vernünftige Arbeit geleistet wird, müssen auch in diesen Kriegsamtstellen und in diesen Ausschüssen, die draußen zu errichten sind, Sachverständige sitzen, die auch verstehen, wie wir es meinen, Leute, die sich in unsere Gedanken hineinfinden können. Selbstverständlich muß die Einseitigkeit, insbesondere im Mittelstand und bei den Kleinbetrieben geschoit werden. Wir dürfen nicht mit rauher, unbittlicher Hand dazwischen fahren.

Auch das Verpflanzen von Arbeitern kann nicht so erfolgen, daß morgen ein Befehl hinausgeht: von Birmasens gehen so und soviel Schuhmacher da und dahin oder von Plauen so und soviel Textilarbeiter da und dorthin. Das kann erst als ultima ratio in Betracht kommen. In erster Linie werden wir die Arbeit zu den Arbeitern hinbringen. Das ist zumeist eine Maschinenfrage. Nur wenn es der Werkzeugmaschinenindustrie nicht gelingt, die nötigen Werkzeugmaschinen zu schaffen, müssen wir

andere Maßregeln ergreifen, und dann kommt das Verpflanzen der Arbeiter in Frage. Dabei spielt die Wohnungsfrage eine Rolle, die Fürsorge für Kinder, die Anlage von Fabrikflächen und anderen sozialpolitischen Einrichtungen, alles Aufgaben, die in Verbindung mit der Versorgung der Industrien mit den nötigen Arbeitskräften zu lösen sind.

Auch das Herausziehen der Hilfsdienstpflichtigen muß auf Grund reichlicher Meldungen erfolgen. Wir denken wirklich nicht daran, den Künstler aus einem Theater herauszuziehen und irgendwo in einen Betrieb hineinzustecken, wo er höchstens die Arbeiter unterhalten könnte. (Heiterkeit.) Oder dort ist irgend ein gelehrtes Haus, aber furchtbar unpraktisch. (Heiterkeit.) Wir werden ihn doch sicherlich nicht irgendwo hinstellen, um seine unpraktische Kunst zu erproben. Auch eine Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen beabsichtigen wir nicht. Zu einer Einschreibung wären viel zu viel Kräfte nötig. Vielleicht werden wir mal nach vielen Monaten, wenn sich die Sache eingelebt hat, dazu kommen. Von vornherein werden wir aber nicht einfach zahlenmäßig einteilen: so und soviel Hilfsdienstpflichtige, her damit, die stecken wir in irgendeinen Beruf hinein.

Eine besondere Aufgabe wird es sein, Wehrpflichtige an den Stellen, wo Hilfsdienstpflichtige daselbst leisten können, für ihren eigentlichen Beruf freizumachen und nach vorn herauszunehmen. Aber ohne Facharbeiter können wir die ganze Aufgabe nicht lösen. (Zustimmung.)

### Die Rücksicht auf die Volkswirtschaft.

Mancher scheut vor diesen ganz gewaltigen Eingriffen in die Volkswirtschaft zurück, denn gerade unsere Volkswirtschaft hat uns ermöglicht, den Krieg bisher so glänzend durchzuführen. Sie zu stören und zu schwächen, wäre geradezu Verhöhnung. Als Ziel muß dauernd vor Augen stehen das Bestreben, die Volkswirtschaft, die Kriegswirtschaft zu stärken (lebhafter Zustimmung), wenn auch dabei der eine oder andere Industriezweig Opfer bringen muß. Wir wissen ja nicht, was die Zukunft bringen wird und welche neuen Schändlichkeiten unsere Feinde ersinnen werden, um uns zu schaden. (Sehr richtig!) Deswegen muß die Sache ganz groß angefaßt werden.

Zusammengefaßt handelt es sich einmal darum, die materiellen Kräfte zu steigern, Waffen-, Munitions- und Heeresersatz, und dann, um die Stärkung der moralischen Kräfte und der Willenskraft unseres Volkes. Eine ganz besondere Wirkung erwarte ich für das Heer. Das Heer, das Gut und Blut und Leben einsetzt, muß wissen, daß es in der Heimat ein Volk hinter sich hat, das einmütig, ebenso wie vorn unsere Kämpfer mit Leib und Seele, so in der Heimat mit der Arbeitskraft eintritt, zu dem einen Ziele: der Erringung des Sieges. (Lebhafter Beifall.) So muß das ganze Volk einmütig dastehen in einem harmonischen Verein der Kräfte, wobei keiner widerstreben darf, weder der Mann am Schraubstock, noch an der Drehbank, noch der Bauer hinter dem Pfluge. Alle müssen mitmachen, was das Gesetz will: die allgemeine Arbeitsgemeinschaft ohne politischen Anstrich. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Feldgrauen stehen und sterben jeden Tag in Not und Kampf in einer Weise, die geradezu die bewundernswürdige Seelenstärke dieser Helden zeigt. (Beif.) Diesem Heldenmut gegenüber sollte in der Heimat nicht das bishen Entschlossenheit gegenüberstehen, das wir verlangen? Es würde ein Verzweifeln an diesem Volke sein. Eine unbewusste Entschlossenheit in der Heimat zur Arbeit für das Vaterland will das Gesetz und das müssen wir erreichen. Dieser Wille soll das lebendige Gesetz von uns allen sein, vom Kriegsamt in erster Linie und natürlich auch vom ganzen deutschen Volk — nicht ein Zwangsgesetz. Wir machen keine Zwangsarbeit jetzt im Kriege, es geht um die höchsten Güter unseres Volkes. Also weg mit diesem Begriff und mit diesem Ausdruck vom Zwang! Das Gesetz ist die Freiheit im höchsten Sinne, im sittlichen. Es muß jedem einzelnen Deutschen in Herz und Kopf hineingehämmert werden, daß er seinen eigenen Willen unterzuordnen hat unter den Willen des Vaterlandes. Wenn wir das erreichen mit diesem Gesetz, dann haben wir auch eine Gewähr dafür, daß Deutschlands Zukunft gesichert ist, eine Zukunft, die beruht auf der Freiheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit. Es ist also ein sittliches Gesetz und nicht ein Zwangsgesetz. (Beif. — Widerspruch b. d. Soz. Arb.)

Aus diesem Saal muß nun der Geist hinausziehen in die weiten deutschen Lande, der jeden einzelnen Deutschen erfüllen muß und uns im Kriegsamt in allererster Linie. Sorgen Sie, daß der richtige Geist hinauszieht, dann machen Sie mir die Arbeit leicht, meine Herren! (Lebhafter, fast wiederholender Beifall.)

Abg. Bogtherr (Soz. Arb.): Der Reichsanwalt hat noch immer nicht seine Bereitwilligkeit zu einem Frieden ohne alle Annexionen erklärt. Da darf man nicht erstaunt sein, daß die Friedensworte im feindlichen Ausland kein anderes Echo finden. Die Rede des Abg. Bassermann bewies die weitere Notwendigkeit, dem Rätselraten um die Kanzlerworte ein Ende zu machen. Wir glauben allerdings an einen Frieden ohne Sieger und Besiegte. — Dieses Gesetz ist durchzogen von Unfreiheit. Schon als der Reichstag verlagert wurde, hatte längst die Absicht zu diesem Gesetz bestanden. Die dem Plenum vorangegangene Kommissionsberatung hat den Reichstag vor eine vollendete Tatsache gestellt; was hier geschieht, ist nur Dekoration. Gegen diese Täuschung der Öffentlichkeit protestieren wir. (Zust. b. d. Soz. Arb.) Ursprünglich hat man ein Gesetz vorgelegt, das den Reichstag vollkommen ausschaltete. Woher nahm man den Mut dazu?

Diese Regierung hat während des Krieges Versprechungen gemacht, die sie nicht eingehalten hat. (Präsident Dr. Kaempf: Das ist unzulässig.) Herr Präsident, wenn Sie die Güte gehabt hätten — (Glocke.) Es handelt sich um die Neuorientierung und das Versprechen der Nichtbesteuerung notwendiger Lebensmittel.

### Die Arbeitsgemeinschaft lehnt ab. — Lärmjahren.

Wir lehnen das Gesetz ab, denn es schafft einen Zustand der Unfreiheit und Sklaverei. (Lachen.) Die Arbeiter werden sich auch durch die patriotische Draperie, die man diesem Gesetz gegeben hat über seinen wahren Charakter nicht täuschen lassen. (Lärm, Präsident Dr. Kaempf rügt den Ausdruck.) Das Gesetz ist ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter. Gewiß, der weitaus größte Teil unseres Landes ist vom Kriege selbst verschont geblieben. Aber wenn er ins Land gekommen wäre, er hätte mit dem Volke nicht anders umspringen können, als dieses Gesetz es tut. (Großer Lärm. — Zurufe: Unverschämtheit! Flegel! — Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung. — Abg. Graf Westarp: Eine Freiheit ist solche Rede! — Präsident Dr. Kaempf ruft den Grafen Westarp wegen dieses Zurufes zur Ordnung.) Das Gesetz dient nicht dem Frieden, es dient der Verlängerung des Krieges. (Sturm, Widerspruch.) Man richtet sich mit ihm auf eine lange Kriegsdauer ein, und das ist es, was wir beklagen. Das Ausland muß in gleicher Weise auf das Gesetz reagieren. Militarismus und Kapitalismus feiern jetzt ihre höchsten Orgien. Es wird ein Zwangsarbeitsverhältnis geschaffen, das aller Menschlichkeit ins Gesicht schlägt. (Lachen.) Das Volk will den Frieden, möge die Regierung hier den richtigen Weg gehen. Wenn der Reichsanwalt den unbedingten Sieg Deutschlands als Voraussetzung aufgeben würde, würde England zu Friedensverhandlungen bereit sein. (Sturm, Gelächter. — Zurufe: Sie sind ein Narr!) Sie wollen den Krieg bis zum Weißbluten führen. Wenn man den Frieden will, kann man ihn leicht haben. (Widerspruch.) Das Volk will keine Fortsetzung des Krieges, es will Brot, Freiheit und Frieden. (Beifall bei den Soz. Arb. — Lärm im Hause.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Vorredner hat davon gesprochen, daß verschiedentlich der Schützengraben als Drohung angewendet worden sei. Im Ausschuss ist als Beispiel dafür das Wort eines höheren preussischen Eisenbahnbeamten angeführt worden, der bei irgendeiner Schwierigkeit über Arbeiterverhältnisse erklärt haben soll, für den Widerstand der Belegschaft stehe der Schützengraben zur Verfügung. Ein Name ist trotz Aufforderung nicht genannt worden, auch jetzt nicht. Danach kann ich wohl annehmen, daß dieser höhere preussische Eisenbahnbeamte nur in der Phantasie existiert. (Sehr richtig!) Der Vorredner hat weiter gesagt, der Bundesrat habe mit gutem Gewissen dem Schützengraben zustimmen können, denn als Ersatz stehe ihm der Schützengraben zur Verfügung. (Widerstand.) Diese Äußerung schließt den verbündeten Regierungen eine Gesinnung von solcher Niedrigkeit zu, daß mir die Möglichkeit fehlt, dem Vorredner in parlamentarischen Formen überhaupt zu antworten. (Unruhe bei der Soz. Arb.) Dann hat Herr Bogtherr von dem Inhalt dieses Gesetzes ein Zerrbild entworfen, das zu dem Unglaublichsten gehört, was ich je gehört habe. (Sehr richtig!) Ich verzichte darauf, zu antworten. Wenn der Vorredner aber sich gegen das Gesetz gewandt hat, weil es unsere Wehr stärkt und uns damit die Möglichkeit gibt, unsere Feinde, die vom Frieden nichts wissen wollen, zum Frieden zu zwingen, so ist mir das von seinem Standpunkt begreiflich, denn er will nicht den deutschen Sieg, sondern das Gegenteil. (Lebh. Zust. — Lärm bei der Soz. Arb.) Das deutsche Volk aber will nicht besiegt werden, sondern kämpft um sein Dasein. Deshalb wird das Gesetz angenommen, und das Volk ist damit einverstanden. (Beifall.)

Abg. Bogtherr (Soz. Arb.): Der Staatssekretär hat nicht das geringste Recht, mir zu unterstellen, daß ich auch nur angedeutet hätte, ich wolle das Gegenteil eines deutschen Sieges. Es gibt nicht nur die zwei Möglichkeiten: Sieg oder das Gegenteil. Wir wollen die vernünftige Verständigung der Völker, die außerhalb des militärischen Horizontes des Staatssekretärs liegt.

Abg. Graf Westarp (Lanf.): Wenn eine Partei dem Heer die Mittel versagt, die es zur Fortführung des Kampfes braucht, so beweist sie durch die Tat, daß sie die deutsche Niederlage will. (Sehr richtig!)

Abg. Haase (Soz. Arb.): Wenn wir die Kriegskredite verweigern, so tun wir das nur, um der Ablehnung der Verantwortung für die Kriegspolitik der Regierung deutlich Ausdruck zu geben.

Damit schließt die Aussprache.

Abg. Scheidemann (Soz.): Bei späterer Gelegenheit werde ich zu den meine Person betreffenden Ausführungen der Abgg. Bassermann und Graf Westarp Stellung nehmen.

Damit ist die erste Sitzung beendet.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr: zweite Sitzung. Vorher Antrag zum Kriegsteuergesetz.

Schluß gegen 10 Uhr.